REICHSBUND aktuell mit Sport

CHRIST UND GESELLSCHAFT — GEGRÜNDET 1907 — HEFT 1, APRIL 2019, 73. JAHRGANG

Wir können die Zukunft Europas mitgestalten

Die Europawahlen am 26. Mai sind eine Richtungsentscheidung. Wir haben es in der Hand, die Zukunft Europas mitzugestalten. Wir können uns dafür entscheiden, den Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Wir können Europa handlungsfähiger machen, den Auftritt auf der Weltbühne stärken, die Außengrenzen sichern und für eine gerechtere Steuerpolitik sorgen. Oder folgen wir den Populisten und Nationalisten, die Europa schwächen wollen und nur Ängste schüren, aber keine Lösungen haben. Das würde zum Abstieg Europas in die Bedeutungslosigkeit führen.

Für Europa und für Österreich ist die Europäische Union eine Erfolgsgeschichte. Noch nie gab es nach Jahrhunderten der kriegerischen Auseinandersetzungen eine derart lange Phase des Friedens und des wirtschaftlichen Aufschwungs. Wir haben uns vor 25 Jahren mehrheitlich dafür entschieden, dass wir der westlichen Wirtschafts- und Wertegemeinschaft angehören wollen und haben es nicht bereut. Die EU-Mitgliedschaft hat unser Land wohlhabender und sicherer gemacht. Und heute geht es darum, wohin der gemeinsame Weg in die Zukunft führt, wie wir angesichts der Globalisierung unseren Wohlstand schützen, unsere Sicherheit gewährleisten und die globalen Herausforderungen als Chance nützen können. Dafür müssen wir Europa handlungsfähiger und stärker machen. Das ist der Weg für den ich stehe und für den ich mich einsetzen werde. Damit wir diesen Weg gemeinsam gehen können, kommt es auf jede Stimme an.

Der Widerstand gegen das bewährte Erfolgsrezept für Frieden und Wohlstand wächst. Populisten und Nationalisten versuchen den Kontinent zu schwächen und zu destabilisieren. Sie zerren von innen an der Europäischen Union in Gestalt populistischer, rechts- und linksextremer politischer Gruppierungen und von außen in Gestalt globaler Spieler wie den USA, Russland und China. Nur wenn wir unser Schicksal jetzt entschlossen in die Hand nehmen, können wir dieser Zerreißprobe standhalten. Dafür brauchen wir effizientere und noch demokratischere Entscheidungsstrukturen (Stichwort: Abschaffung der Einstimmigkeit). Und wir müssen den Menschen wieder in den Mittelpunkt des europäischen Einigungsprojekts stellen. Die EU ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um jeder Bürgerin und jedem Bürger Europas ein Leben in Freiheit, Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten.

Dr. Othmar Karas

Bei unserer Entscheidung in der Wahlkabine muss uns zudem eines klar sein: Die Europäische Union ist die einzige Möglichkeit für unseren Kontinent, die Globalisierung mitzugestalten. Die Frage ist nicht, ob wir die Globalisierung mögen oder nicht. Sie ist eine Realität, sie findet statt. Die Herausforderung ist, wie wir sie mitgestalten. Wir haben nur dann eine Chance, Einfluss zu

(Fortsetzung auf Seite 2)

Aus dem Inhalt:

Zukunft Europas ..... Seite 2, 5
Sexualpädagogik ..... Seite 3
Charlys Tagebuch ..... Seite 4
Was ich wirklich will ..... Seite 6
Reichsbund intern ..... Seite 6, 7

Zukunft Europas

(Fortsetzung von Seite 1)

nehmen, wenn sich Europa gemeinsam für globale Standards und Handelsabkommen einsetzt. Dafür müssen wir als Europäer kämpfen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Nur so können wir unsere Wirtschaft, unsere Lebensmittel und Sozialstandards schützen. Dafür müssen wir unsere Kräfte bündeln und die EU zum Sprecher des Kontinents machen. Dazu gehört auch, dass Europa innerhalb der Vereinten Nationen mit einer Stimme spricht. Eine wirklich gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist Voraussetzung dafür, ein „Global Player" zu sein.

Die Nationalisten und Populisten spielen mit dem Gefühl der Angst, sie schüren Ängste und wissen immer, wer angeblich schuld ist. Aber wer ihnen in die Falle geht, der sorgt dafür, dass genau das Realität wird, wovor er sich fürchtet. Mehr Abschottung, mehr Nationalismus, mehr Abgrenzung und weniger Zusammenarbeit und Zusammenhalt auf europäischer Ebene führen zum wirtschaftlichen Abstieg vor allem des Mittelstands und zur weltpolitischen Bedeutungslosigkeit Europas. Vertrauen, Fairness, Freiheit, Wohlstand und Problemlösungen einerseits und Populismus und Nationalismus andererseits schließen einander aus.

Ein beeindruckender Beleg dafür ist der Brexit: Er zeigt, wie man mit Lügen eine Abstimmung gewinnen kann aber zugleich kein einziges Problem löst und wie die Brexit-Verfechter kein einziges ihrer Versprechen einlösen. Im Gegenteil: Sie haben Großbritannien mit der Forcierung ihrer verantwortungslosen Stimmungsdemokratie in ein beispielloses politisches Chaos gestürzt und haben vorher keinen konstruktiven Ausweg aus dem von ihnen verursachten Dilemma überlegt. Wenn wir nicht gut aufpassen, dann tragen die Briten ihr Chaos am Ende noch in die EU-Institutionen hinein.

Damit wir dem Druck der Populisten und Nationalisten von innen und dem Druck aus den USA, Russland und China von außen standhalten können, müssen wir Europa handlungsfähiger und demokratischer machen. Die Idee Europa hat nur dann Zukunft, wenn sie die Bürger zu Beteiligten macht. Zur Demokratie gehört, dass die Entscheidungsprozesse einfacher und transparenter werden. Wir wollen, dass gemeinsame Entscheidungen und EU-Gesetze noch viel mehr als jetzt von den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament gemeinsam auf Augenhöhe getroffen und beschlossen werden. Dafür müssen wir vom derzeit noch vielfach nötigen Prinzip der Einstimmigkeit zu Mehrheitsentscheidungen übergehen. Alle Entscheidungen sollten eine einfache Mehrheit im Europaparlament, der Bürgerkammer Europas, und eine „doppelte Mehrheit" der Mitgliedstaaten erfordern. Das ist eine Mehrheit der Mitgliedstaaten, die zugleich die Mehrheit der europäischen Bevölkerung repräsentiert. Das wäre effizient, transparent und demokratisch.

Denn es kann nicht sein, dass allein die Zauderer und Zögerer das Tempo bestimmen. Wenn wir es zum Beispiel wegen des Vetos der Ungarn nicht schaffen, gegenüber der Arabischen Liga eine gemeinsame Position zur Migration zu formulieren. Oder einzelne Staaten mit ihren Einsprüchen die faire Besteuerung von Weltkonzernen in der Digitalwirtschaft verhindern. So zahlen Amazon, Facebook, Google und Co weiterhin im Durchschnitt weniger als einen Prozent Unternehmenssteuern, kleine heimische Betriebe dagegen im Schnitt 26 Prozent. Das ist eine Ungerechtigkeit und all das zeigt, dass die nötige Einstimmigkeit in vielen Bereichen überholt ist. Unsere Demokratie basiert auf Mehrheitsentscheidungen und das soll auch in der EU gelten.

Zu einem freien und sicheren Europa gehört freilich auch, dass es eine lückenlose Kontrolle der EU-Außengrenzen und dafür ungehindert offene EU-Binnengrenze geben muss. Um die große Errungenschaft des freien Personenverkehrs in Europa zu erhalten, brauchen wir eine effektive europäische Grenz- und Küstenwache an den Außengrenzen, eine verstärkte Kooperation mit den Transitländern und einen klareren Fokus auf die Bekämpfung der Ursachen für Flucht und Migration, wie das unter österreichischem EU-Vorsitz eingeleitet wurde. Europa hat eine besondere Verantwortung für Afrika. Ohne ein größeres Engagement Europas in Afrika wird es keine nachhaltige Lösung der Migrationsherausforderungen geben.

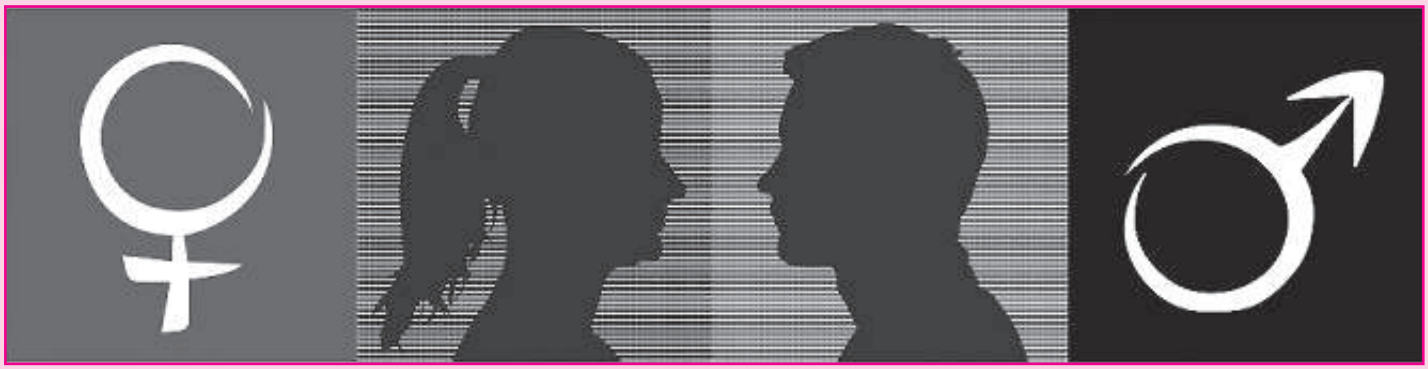
(Fortsetzung auf Seite 5)

Sexualpädagogik

Neuregelung und Klarstellung war notwendig

Dass sexualpädagogische Inhalte von außerschulischen Anbietern unter pädagogische Aufsicht gestellt werden, ist für den Katholischen Familienverband ein erster, wichtiger Schritt. Ziel müsse aber sein, schuleigene Pädagog/innen zu Sexualpädagogik-Expert/innen aus zu bilden.

Wien, 22. Februar 2019. Positiv bewertet Vizepräsidentin Astrid Ebenberger die Neuregelung der Zusammenarbeit mit außerschulischen Organisationen im Bereich Sexualpädagogik durch das Bildungsministerium. „Die ausdrückliche Klarstellung, dass Lehrer/innen die Klasse nicht verlassen dürfen, wenn für den Aufklärungsunterricht externe Personen geholt werden, war wichtig und notwendig“, sagt Astrid Ebenberger, Vizepräsidentin des Katholischen Familienverbandes Österreichs. „Für Eltern stellt das eine vertrauensbildende Maßnahme dar, Pädagogen werden damit mit den Unterrichtsinhalten konfrontiert und können sich ein Bild machen.“ Außerdem dürfen außerschulische Angebote den Eltern keine Kosten verursachen. Das Bildungsministerium reagiert mit dieser Klarstellung auf die in Kritik geratenen TeenSTAR-Vorträge an den Schulen.



Lehrer/innen zu Sexualpädagogik-Expert/innen ausbilden

Nachdem Sexualpädagogik in allen Lehrplänen als Unterrichtsprinzip verankert ist, plädiert Ebenberger dafür, in erster Linie die Lehrer/innen zu stärken und ausreichend geeignete Fort- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln. „Aufklärung ist ein sehr sensibles Thema und die Klassenlehrer/innen kennen die Kinder. Daher ist gerade in multikulturellen Klassen das Vertrauen zu den Klassenlehrer/innen oft höher als zu außenstehenden Personen“, ist Ebenberger überzeugt. Sie schlägt daher vor, an den Schulen ausgewählte Lehrer/innen zu Sexualpädagogik-Expert/innen auszubilden und sie dann in Form von Tandems zu installieren. Für die Vizepräsidentin ist es keine Frage, dass die Eltern die ersten und zentralen Ansprechpartner in Sachen Sexualaufklärung sind. Dass explizit und mit Nachdruck darauf hingewiesen wurde, dass Erziehungsberechtigte im Vorfeld über die Einbindung der außerschulischen Vereine informiert werden und einwilligen müssen, stärkt aus ihrer Sicht die Rolle der Eltern; ebenso die Tatsache, dass es in den Bildungsdirektionen künftig eine Clearingstelle gibt, die im Bedarfsfall Unterrichtsmittel im Bereich Sexualpädagogik begutachtet. Wenn außerschulische Vereine an Schulen geholt werden, hätte sich Ebenberger volle Transparenz und Offenlegung der Finanzierung sowie der Weltanschauung des Anbieters gewünscht. „Nur wenn das am Tisch liegt, können sich die Eltern auch ein Bild von der Organisation bzw. des Vereins machen.“

Charlys Tagebuchnotizen

KLIMAWANDEL. „Kinder an der Macht“ schreibt der linke STANDARD, das „Zentralorgan“ der SPÖ. Dass Kinder und Jugendliche für eine bessere Klimapolitik demonstrieren, dagegen ist nichts einzuwenden. Aber: eine 16jährige

MAG. FRANZ KARL

Schwedin für den Nobelpreis vorzuschlagen, ist genauso abwegig, wie Trump dafür vorzuschlagen. Und zu glauben, wöchentliche Donnerstags- und Freitagsdemonstrationen würden die Regierung Kurz stürzen und durch Störung des Autoverkehrs den Klimawandel verhindern, ist schlicht und einfach hirnrissig. Wenn die Jugendlichen keine Mopeds und Autos benützen, auf Flüge verzichten und andere sinnvolle Sparmaßnahmen vorschlagen und auch durchführen, fein. (Bitte aber nicht Bio-Kost, denn das ist nur ein Schmäh!) Wenn nicht, dann sollte man vielleicht schon daran denken, dass es sich um Schule schwänzen handelt. Aber alle Zeitungen und der ORF überschlagen sich vor Begeisterung für diese Demos – auch das sagt etwas über unsere Demokratie aus.

KARFREITAG. Das passt recht gut zu den Karfreitags-Demonstrationen. Da verhandelt die Regierung mit der evangelischen und katholischen Kirche, man findet einen Kompromiss und dann ist alles anders. Nicht zu vergessen, dass das Problem von einem athestischen Kläger ausgelöst wurde. Und die Gewerkschaft und Arbeiterkammer, der religiöse Herr Katzian und die religiöse Frau Anderl verlangen unter großem Getöse einen zusätzlichen Feiertag. Was den Schülern das Schulschwänzen, ist für die „Arbeitnehmervertreter“ mehr Freizeit. Sicher, auch mir hätte der Tausch Karfreitag gegen Pfingstmontag besser gefallen, aber was soll’s. Die Sozialpartner, die Opposition und alle Linken kennen so die Schuldigen, die Bundesregierung. Einziger Trost: das Salzburger Wahlergebnis!!

BREXIT. Alles Kleinigkeiten gegen den Brexit! Das ist die wahre Katastrophe! Von verantwortungslosen Tory-Politikern hineingehetzt, weiß Britannien nicht mehr, was es tun soll. Die Wissenschaftler verlassen England, weil sie kein EU-Geld mehr für die Forschung bekommen. Von den Handelsproblemen nicht zu reden. Wissen Sie, was ich mir wünsche: Natürlich keinen Brexit, aber wenn er kommt – ein unabhängiges Schottland mit Austritt aus dem Commonwealth, ein Vereinigtes Irland mit Nordirland und ein Zusammenbrechen dieses präpotenten Staatenbundes. Die einzig Vernünftige dort: Die schweigsame englische Königin!

Und zum Schluss:

FRAUENDISKRIMINIERUNG. Arme „PRESSE“. Veröffentlicht einen Gastkommentar gegen das Frauenvolksbegehren und wird nun vom „Presserat“ wegen Diskriminierung der Frauen verurteilt. Und was stand drinnen ? Frauen haben per Gesetz mehr Vorteile als Männer (z.B. müssen sie nicht zum Bundesheer), ihr größeres Sprechbedürfnis ist ein Vorteil bei den Tarifen von Mobiltelefonen, sie sind Umworbene und entscheiden die Nachwuchsplanung (z.B. Abtreibung oder nicht), bei Schiffskatastrophen würden sie zuerst gerettet – lustig: wegen der weichen Oberflächenbeschichtung – (aber stimmt doch: zuerst gerettet) und werden von selbsternannten Interessenvertreterinnen bemuttert. Was daran diskriminierend ist, wüsste ich gerne (Klammerbemerkungen übrigens von mir). Ich habe mich in „Charlys Tagebuchnotizen“ vom Juni 2017 ausführlich mit dem Frauenvolksbegehren beschäftigt und will sie nicht langweilen. Es hat 15 Punkte und die meisten davon sind linke Knaller oder unsinnig. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (einer der wenigen sinnvollen Punkte) sollte rasch verwirklicht, der Rest vergessen werden. Aber wenn man ein bisschen kritisch ist, ist man bei Frauen gleich diskriminierend. Trotzdem bin ich Feminist, aber nicht im links-linkem Sinne! ■

Zukunft Europas

(Fortsetzung von Seite 2)

Wir brauchen einen europäischen Afrikaplan – keine neue Bevormundung, sondern eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand, Sicherheit und Rechtstaatlichkeit in Afrika. Der Außengrenzschutz muss zudem verstärkt eine Zuständigkeit der gesamten EU und nicht nur der Länder an der Außengrenze werden. Dabei muss zwischen Flüchtlingen und Migranten, zwischen regulär und irregulär unterschieden werden.

Damit wir den Menschen wieder glaubwürdig in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, braucht Europa auch eine starke soziale Komponente. Unser politisches Ordnungsmodell ist die ökosoziale Marktwirtschaft, nicht der Markt allein. Wir wollen, dass die EU spürbare Vorteile für jede Bürgerin und jeden Bürger bringt und nicht nur für die Wirtschaft. Dazu gehört auch eine langfristige Angleichung der sozialen Unterschiede zwischen den Regionen in Europa. Gleichzeitig helfen Mindeststandards wie zum Beispiel bei der Arbeitszeit dabei, Lohn- und Sozialdumping sowie unfairen Wettbewerb zu verhindern. Es soll aber nicht zu einer Harmonisierung der Sozialpolitik kommen. Wir wollen keine Senkung unserer österreichischen Standards und keine Umverteilung. Sozialpolitik muss im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten bleiben.

Die größte Freude der neueren Geschichte ist der Fall des Eisernen Vorhangs und die Freiheit für die Völker in Ost und Ostmitteleuropa. Österreich hat auf vielfältige Art und Weise davon profitiert, nicht zuletzt wirtschaftlich. Selbstverständlich war und ist eines der Ziele der EU der Ausgleich zwischen sozial und wirtschaftlich unterschiedlich entwickelten Regionen. Europa braucht sowohl Ost-West- als auch Nord-Süd-Solidarität. Und das muss nicht nur so bleiben, sondern noch stärker als bisher umgesetzt werden. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße, wirtschaftliche, politische und soziale Solidarität müssen Hand in Hand gehen.

Deshalb dürfen wir auch nicht akzeptieren, dass Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte in manchen Mitgliedstaaten nur 30 Jahre nach dem Fall der Unrechtsregime in Osteuropa wieder Anzeichen der Erosion zeigen und in Gefahr sind. Denn Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sind die DNA Europas. Es braucht in unserem gemeinsamen Europa Mechanismen und eine unabhängige Instanz, um diese Werte auch wirksam durchzusetzen. Kein Mitgliedstaat darf sich in seiner nationalen Gesetzgebung über EU-Recht oder EU-Grundwerte hinwegsetzen. Alle europäischen Parteienfamilien brauchen klare Regeln, um mit Verstößen ihrer eigenen Mitgliedsparteien gegen die Rechtsstaatlichkeit effektiv umzugehen.

Bei den kommenden Europawahlen entscheidet sich nicht weniger, als in welche Richtung Europa geht. 340 Millionen europäische Wahlberechtigte haben die Möglichkeit ein stärkeres, handlungsfähigeres und weltweit ernst genommenes Europa für ein erfolgreiches Österreich zu wählen. Oder sie wählen den Abstieg Europas in die Bedeutungslosigkeit, ein Europa, dass zwischen den USA, Russland und China aufgerieben wird, weil ein großer Teil der Wähler den Populisten und Nationalisten auf den Leim gegangen ist.

Soweit soll es nicht kommen: Wir werden alles tun, damit Europa auf der Weltbühne auf Augenhöhe mit den internationalen Partnern agieren kann und Österreich wie bisher davon überdurchschnittlich profitiert. Wir werden alles dafür tun, dass alle Menschen in Österreich daran teilhaben können. Das ist meine Politik und dafür werde ich unermüdlich kämpfen. ■

In eigener Sache:

Bitte unterstützen Sie uns! Mit Ihrem Beitrag von nur

€ 16,–

ermöglichen Sie den Fortbestand unserer Schriftenreihe auch im 73. Bestandsjahr.

Für Ihre Unterstützung danken wir im Voraus!

Bitte beachten Sie den beiliegenden Zahlschein!

Der Reichsbund im Internet:
www. amateurfussball.at

Über E-Mail erreichbar:
reichsbund.bundesleitung@a1.net

WAS ICH WIRKLICH, WIRKLICH WILL

Neue berufliche und private Wege wagen

„Wenn ich zu sehr plane, bin ich in Gefahr, nicht mehr zu spüren, wo mich das Leben haben will.“

Günter Funke

Auszeiten, Lebensübergänge, Umbruchzeiten, auch Krisenzeiten eignen sich in besonderer Weise, die Frage nach eigenen Talenten, Wünschen, Sehnsüchten zu stellen: die Frage nach dem, was ich wirklich, wirklich will, wie es der Philosoph Frithjof Bergmann beschreibt.

Unsere Gesellschaft ist im Wandel begriffen, die Unsicherheit steigt. Fragen der Integration, des Arbeitsmarktes, der Umwelt beschäftigen zutiefst. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen gehen für viele Menschen mit Veränderungen und Umbrüchen einher, manche treffen sie in existenziellem Maß. Krisen – ob äußere, emotionale wie Mid-Life-Crisises, Trennung oder Tod von geliebten Menschen oder auch körperliche, durch Krankheiten bedingte – verunsichern, schüren Angst und lenken den Blick auf das Defizitäre. Krisen sind schmerzhaft – schmerzhaft, weil sie eine Durchbrechung dessen sind, was uns wertvoll erscheint; schmerzhaft, weil sie dazu zwingen, einen Weg zu beschreiten, den wir nicht gewählt hätten. Auch wenn es inneren Widerstand erzeugt: Krisen bieten neben aller Gefahr, neben allem Schmerzhaften große Chancen. Oft spüren wir, dass etwas wie es war nicht mehr möglich ist. Dies kann ein erster Schritt auf dem Weg zum eigenen Wollen sein. Krisen und Umbrüche sind eine wertvolle Möglichkeit, das zu finden, was wir wirklich, wirklich wollen.

Wer diese Phasen ernst nimmt, mutig und ehrlich in sich horcht und sie achtsam begeht, kommt im Laufe des eigenen Lebens immer wieder in Zeiten der Selbstveränderung. Sie bieten eine wunderbare Möglichkeit, die eigene Persönlichkeit zu entfalten und zu entwickeln, aber auch die eigenen Grenzen anzuerkennen.

Ottakring

Dienstag, 23. April 2019
Busfahrt nach Gloggnitz, Abf. 12 Uhr „Dr.-K.-Renner-Villa“
Dienstag, 28. Mai 2019
Busfahrt nach Maissau „Amethyst-Welt“
Dienstag, 2. Juli 2018
Busfahrt in die „Kartause Gaming“
Auskünftete u. Anmeldungen:
Obmann Karl Degen,
Tel. (01) 416 57 03.

Döbling

Freitag, 26. April 2019, 19 Uhr
Festwochenkonzert mit dem „Damenquartett AMORE“ spielt Beethoven, Ravel, Sibelius u. Haydn
Freitag, 7. Juni 2019, 19 Uhr
„Aquarius Jazzband“ spielt New Orleans u. Dixieland Jazz
Freitag, 4. Oktober 2019, 19 Uhr
„Malat Schrammeln“ spielen in Originalbesetzung Werke von Johann und Josef Schrammel
Freitag, 15. November 2019, 19 Uhr
„Original Storyville Jazzband“ – die Musiker sind Ehrenbürger der Stadt New Orleans – Orleans und DixieJazz.
Bei allen Veranstaltung Buffett „Brot und Wein aus Döbling“.
Ehrenschutz: BV Daniel Resch
Alle Veranstaltungen im Biedermeierhaus
1190 Wien, Hohenauergasse 12.
Auskünfte: Obmann DI Gottfried Jorthan,
Tel. 0699 10797763.

Gut Freund

Montag, 6. Mai 2019, 17 Uhr
„Ein Abend für Mütter und alle Frauen unserer Gemeinschaft“
im Vereinslokal Ospelgasse.
Donnerstag, 23. Mai 2019, 17 Uhr „Gemütliches Zusammentreffen“ beim Heurigen „Alter BACH HENGL“
in Grinzing, 1190 Wien, Sandgasse 7-9.
Samstag, 1. Juni 2019
Abfahrt: 7:30 Uhr Ecke Innstr./Engerthstr.
„Autobusfahrt“ ins Waldviertel
Schloss Rosenau „Österr. Freimaurer Museum“
Kostenbeitrag Euro 30,– pro Person, im Preis inkl. sind die Busfahrt, der Eintritt mit Führung, ein 3gäng. Mittagsmenü und eine Heurigenplatte mit Getränk.
Klubabende mit Buffett jeweils am Dienstag **ab**

(Fortsetzung auf Seite 7)

RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM – RB-TELEG

Wir gratulieren!

35. Geburtstag
Rainer Rossi

50. Geburtstag
Markus Neuzil

75. Geburtstag
Christina Ernst
RR Leopold Ernst
Walter Frei
Astrid Neuzil
Herbert Post
Erni Sobotka
Dr. Wolfgang Watzak

80. Geburtstag
Erwin Gradinger
Hedwig Kosicek
Alfred Puhm
BV a.D. Adolf Tiller

85. Geburtstag
Maria Hlavacek

Präses v. RB Ottakring
Dechant
Pfr. Thomas Natek

(Fortsetzung von Seite 6)

16 Uhr im Vereinslokal 1200 Wien, Ospelgasse 30.
Achtung: Juli und August 2019 entfallen die Klubabende!
Auskünfte Anmeldungen:
Obmann Erich Sobotka, Tel. 0664 / 737 548 33 oder Maria Pelzl, Tel. 332 37 31.

Tulln St. Severin

Mittwoch, 1. Mai 2019
„Reichsbund-Ausflug ins Pisting- und Klostertal“ Abfahrt 7:30 Uhr in Tulln Pfarre St.Severin, Ant.-Brucknerstr.
Donnerstag, 23. Mai 2019
19:15 Uhr „Was uns JUNG erhält“ – Diskussionsabend im Pfarrsaal St. Severin.
Donnerstag, 20. Juni 2019
„Teilnahme an der Fronleichnamsprozession“
Donnerstag, 27 Juni 2019
„Abendmesse in St.Severin – anschließend Halbjahresabschluss im Raum Tulln“
Auskünfte und Anmeldungen:
Bbr. Heinz Gober, Tel. 0664 550 20 56.

Unsere Toten

Ehrenpräsident d. Kath. Laienrat Österr. Ij. Präsidet d. Europäischen Laienforums
Ernst Waldstein – Wartenberg
Wien – Kärnten – Böhmen

Burgenland

Der Kath. Reichsbund Burgenland ermöglichte, dass im Oktober 2018 200 SYRISCHE (christliche) Flüchtlinge das Burgenland besuchen konnten – sie wurden von der Organisation AMAL betreut. Weiteres unterstützt der Reichsbund die Herausgabe der „Häfn-Zeitung“ in der Justizanstalt Wien-Mittersteig“.
Auskünfte:
LGf. Emmerich Schreiner Tel. 0676 656 3647.

Wiener Neudorf

Auskünfte:
Obmann Rudi Krammer Tel. 0664 450 15 53

Reichsbund Bundesleitung

Auskünfte:
E-Mail:
reichsbund.bundesleitung@a1.net
Tel. 0664 2336023

Reichsbund Sport Fußball

Auskünfte:
E-Mail:
info@amateurfussball.at
www.amateurfussball.at

Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österr.

Die AKV veranstaltete ein Symposium zum Thema „Herausforderungen für Schule und Bildung im nächsten Jahrzehnt, durch Integration, Wertevermittlung und Digitalisierung“. Der Präsident der AKV Mag. Helmut Kukacka sagte: „Die Beschäftigung mit diesem Thema sind wir auch dem Selbstverständnis der AKV geschuldet, denn wir haben in unserem Grundsatzprogramm einige wesentliche Eckpunkte zum Thema Bildung festgeschrieben.“ So heißt es dort u.a.: „Die AKV tritt für Recht auf die jeweils bestmögliche, personengerechte und begabungsadäquate Bildung und die Vielfalt des Bildungssystems ein.
Das Schulsystem soll nach Begabung und Leistung differenziert sein und Individualität und Chancengerechtigkeit gewährleisten“. Ein Bildungssystem hat aber nicht nur Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln, sondern auch Werthaltungen und soziale Kompetenzen.
Herkunft, Sprache, Geschlecht und religiöses Bekenntnis dürfen keine Barrieren für den Bildungszugang darstellen.
Der Religionsunterricht stellt einen wichtigen Teil der Werteerziehung in der Schule dar. Der Anspruch auf ganzheitliche Bildung ist ohne Religionsunterricht nicht umzusetzen.

Reichsbund-aktuell mit Sport. – Herausgeber, Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Reichsbund, Bewegung für christliche Gesellschaftspolitik und Sport, 1080 Wien, Laudongasse 16, Tel. 0664 233 60 23. – Herstellungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Grundsätzliche publizistische Richtung des Reichsbundes: Information und Schulung unserer Mitglieder im Sinne der christlichen Weltanschauung und Förderung der Jugend durch Sport. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen. Redaktion: Mag. Franz Karl, Rudolf Taborsky (Michael Kosicek RB-intern, Sport, Layout, Fotos). Es gilt die Anzeigenpreisliste 9 vom 1. Jänner 1993. Bankverbindung: Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, Reichsbund, IBAN: AT 573200000000086454. Datenschutzverordnung (DSGVO): Die Daten (Name, Adresse, ggf. Geburtsdatum) werden zwecks Versand der vereinseigenen Mitteilungsblätter, Publikationen bzw. zur Durchführung von vereinsinternen Ehrungen, z.B. Jubiläen bzw. vereinsinternen Gratulationen für runde Geburtstage herangezogen. Jeder Betroffene hat das Recht den Umfang seiner gespeicherten Daten anzufordern bzw. zu den jeweilig gespeicherten Daten eine Berichtigung zu falschen Daten zu verlangen. Für alle bisher bei uns gemeldeten Mitglieder und Freunde ist die Zustimmung zur Verwendung seiner Daten im vorher beschriebenen Sinne als automatisch angenommen. Wer das nicht so sieht, ist gebeten, uns seine allfälligen Wünsche bekannt zu geben.

ARBEITERKLASSE NEU!

Es gibt immer mehr neue Arbeitsverhältnisse, die anders vertraglich geregelt sind wie in der Vergangenheit.
Spätestens seit der Finanzkrise ist es offenkundig und kein Geheimnis. Anders als noch vor vierzig Jahren sind Bildung und ein bestimmtes Berufsbild oder der so genannte Angestellten-Status heute keine Garantie mehr für ein ausreichendes Einkommen, das einigermaßen Sicherheit und Stabilität bietet.

WALTER ZWIAUER

Die Trennlinie verläuft nicht mehr zwischen gut verdienenden und sozial ordentlich abgesicherten AkademikerInnen und formal geringer abgesicherten AkademikerInnen und formal geringer gebildeten und daher schlechter verdienenden ArbeiterInnen.
Die frühere „Arbeiterklasse“ bestand anders als das industrielle Proletariat vermuten lässt, nie nur aus männlichen Fabrikarbeitern, sondern ebenso aus weiblichen wie männlichen Beschäftigten im Dienstleistungssektor, der Landwirtschaft oder wenig Profit erwirtschafteten Selbständigen wie Handwerkern, Handelstreibenden oder Heimarbeiterinnen.

Auf Frauen als Teil der Arbeiterklasse und prekären Beschäftigung in der Heimarbeit hat schon 1923 die Sozialwissenschaftlerin und Pionierin der Arbeiternehmervertretung Käthe Leichter in ihrem Forschungswerk über schneidernde HeimarbeiterInnen hingewiesen: „Es ist das Bestreben der Unternehmer, ihr Risiko auf die Arbeiter abzuwälzen, sie wollen der Verteuerung des Fabriksystems durch die Sozialgesetzgebung entrinnen und lagern die Produktion aus, an das unerschöpfliche Reservoir billiger, geringfüger Arbeitskräfte in der Heimarbeit.
Die Furcht, die Arbeit zu verlieren, macht die Heimarbeiterschaft gefügig und lässt sie von der Beanspruchung ihrer gesetzlichen Rechte zurückschrecken. Damit hatte sie den Kern von vielen der heutigen „Neuen Selbständigen und Ein-Personen-Unternehmen“ bereits zur damaligen Zeit erfasst.

Eine einfache Unterscheidung zwischen formaler Selbst- und Unselbständigkeit im Erwerbsstatus war auch im Industriezeitalter des 19. Jahrhunderts schon eine unvollständige Begrenzung der Arbeiterklasse. Gestern wie heute ergeben sich Klassenunterschiede vor allem aus ungleichen Einkommen und Abhängigkeiten, vererbter finanzieller und sozialer Sicherheit beziehungsweise Unsicherheit und persönlichen Lebensweisen.

Eine wesentliche Veränderung hat uns heute den damaligen Zuständen des 19.Jahrhunderts wieder nähergebracht. Die soziale Vereinzelung von Arbeitenden bis hin zur Isolation hat in den letzten Jahrzehnten wieder stark zugenommen. Das geschieht sowohl am Arbeitsort selbst, durch fehlende gemeinsame Arbeitsplätze, als auch durch unterschiedliche Vertragskonstruktionen und Gehaltsstufen. So ist es zu einer deutlichen Segmentierung am Arbeitsmarkt und in der Folge zum Verlust eines kollektiven Wir-Gefühls gekommen. Durch differenzierte Entlohnungen, Arbeitsvoraussetzungen, Leistungserwartungen und Arbeitszeiten sind aus einer zwischenzeitigen kollektiven Arbeitnehmerschaft wieder lauter EinzelkämpferInnen geworden.

Denn selbst in großen, gewerkschaftlich gut durchorganisierten Betrieben finden sich die ArbeiterInnen und Angestellten jeweils mit alten und neuen Gehaltsschemen.
Weiters gibt es dort überlassene Arbeitskräfte, umgangssprachlich „Leiharbeitskräfte“ genannt, die im eigenen Betrieb, über ein Tochterfirmenkonstrukt oder einen externen Anbieter verliehen werden. Dazu gesellen sich noch PraktikantInnen, Beschäftigte mit befristeten Verträgen, Freie DienstnehmerInnen und Arbeitende auf Honorarbasis. Sie haben nur eines gemeinsam, sie stehen unter starkem Druck.

Die weitverbreite Angst vor Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren ist ein weiterer Faktor, der den Druck auf die Beschäftigten erhöht und zunehmend mehr Menschen zwingt, unteren schlechteren Konditionen zu arbeiten. Unbefristete Vollzeitbeschäftigte haben verstärkte Angst, durch jüngere und billigere Kolleginnen und Kollegen mit Teilzeitverträgen ersetzt zu werden.

Seit der Finanzkrise 2008 kam es zu einem Zuwachs von so genannter “atypischer Beschäftigung“ um 29 Prozent. Davon entfallen 13,3 Prozent auf Teilzeitstellen, die restlichen 15,4 Prozent setzen sich aus befristeten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit und Freien Dienstverhältnissen zusammen. Im Jahr 2016 waren mit 52,8 Prozent über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen und 16,9 Prozent der Männer „atypisch“ beschäftigt. Insgesamt lag der Anteil der „atypisch“ Beschäftigten bei 34,3 Prozent aller ArbeitnehmerInnen in Österreich.

Es ist daher ganz eine wichtige Sache sich als Interessenvertreter für die Betroffen einzusetzen und zu helfen.

Meint Euer Walter

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
Absender: Reichsbund, 1080 Wien, Laudongasse 16